

## Protokollauszug

aus der

### 18. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Klima, Umwelt und Mobilität vom 29.04.2021

---

öffentlich

**Top 3.7    Sonnenschutz an ÖPNV-Wartehallen im Stadtgebiet  
21/SVV/0136  
abgelehnt**

Frau Lange bringt den Antrag ein.

Herr Schenke (Fachbereich Mobilität und technische Infrastruktur) teilt mit, dass für die Umsetzung der Forderung des Antrags derzeit keine Kapazitäten zur Verfügung stehen und er deshalb nicht umsetzbar ist. Er schlägt daher vor, stattdessen Potentialstandorte für Bauman- und –nachpflanzungen zu prüfen.

Frau Lange erkundigt sich, ob die geforderte Prüfung doch vorgenommen werden kann, wenn der Zeithorizont erweitert wird.

Herr Rubelt bekräftigt die Aussage von Herrn Schenke. Aktuell stehen keine Kapazitäten für eine solche Prüfung zur Verfügung. Deswegen der von der Verwaltung unterbreitete Kompromissvorschlag.

Herr Raschke bittet in die Überlegungen zum Sonnenschutz auch pflanzliche Begrünung aufzunehmen.

Der Vorsitzende stellt den Antrag zur Abstimmung.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, bei welchen der Potsdamer Straßenbahnwartehallen und welchen der 236 Buswartehallen kein geeigneter Sonnenschutz vorhanden ist.

Für die Wartehallen ohne ausreichenden Sonnenschutz sind die Möglichkeiten einer (Teil-) Beschattung, unter anderem die Teil-Beklebung mit Sonnenschutzfolie (mindestens auf dem Dach), zu prüfen. Eine Vorzugsvariante unter Angabe der Vor- und Nachteile sowie der Kosten ist darzustellen.

Dem Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität ist bis Dezember 2021 über das Ergebnis zu berichten.

Darüber hinaus wird der Oberbürgermeister beauftragt bei sämtlichen künftig zu errichtenden Wartehallen für ausreichend Sonnenschutz bei gleichzeitig größtmöglicher Sichtbarkeit Sorge zu tragen, unabhängig davon, ob die Wartehalle von einem Eigenbetrieb betrieben oder ausgeschrieben werden.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	<b>3</b>
Ablehnung:	<b>3</b>
Stimmenthaltung:	<b>2</b>

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, den Antrag abzulehnen.